

23. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

2. Juni 1948.

228/J

Anfrage

der Abg. Seilinger, Hinterleithner, Aigner,
Fageth und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Handhabung des Währungsschutzgesetzes in Oberösterreich.

-.-.-.-

Laut Mitteilung der sozialistischen Tagespresse in Oberösterreich "Tagblatt" (Nr. 85 vom 10.4.1948) hat das Land Oberösterreich 100 Millionen Schilling als Rückbuchungsbeträge seitens des Finanzministeriums zugestanden erhalten. Weiters wird berichtet, daß von den vom Finanzministerium bereitgestellten 100 Millionen infolge der durch die Finanzämter angewandten Strenge nur Ansuchen im Betrage von 56 Millionen Schilling bewilligt wurden. 44 Millionen Schilling, die seitens des Finanzministeriums bewilligt waren, sind also den Betroffenen durch den Bürokratismus der Finanzämter und deren angewandte Strenge entzogen worden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, dem Hohen Haus darüber Aufklärung zu geben, warum die Finanzämter von den schon bewilligten 100 Millionen Schilling nur Ansuchen mit einem Gesamtbetrag von 56 Millionen Schilling für berücksichtigenswert gehalten haben?

-.-.-.-